



montags-info



FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

Abrüsten statt Aufrüsten

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) unterstützt den Aufruf der Friedensbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten“ und möchte bis September 30.000 Unterschriften sammeln.

Der Aufruf:

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten. aus: <https://abruesten.jetzt/>, gekürzt

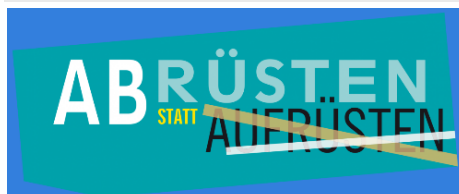
30 000
29 000
28 000
27 000
26 000
25 000
24 000
23 000
22 000
21 000
20 000
19 000
18 000
17 000
16 000
15 000
14 000
13 000
12 000
11 000
10 000
9 000
8 000
7 000
6 000
5 000
4 000
3 000
2 000
1 000

**„ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN“
ZIEL: 30 000 UNTERSCHRIFTEN
BIS ZUM UZ-PRESSEFEST**



**STAND 13. JUNI:
11 107 UNTERSCHRIFTEN**

Die DKP sammelte bereits 11.107 Unterschriften – und es werden täglich mehr! Von den insgesamt über 50.000 Unterschriften der Kampagne hat die DKP damit gut 1/5 beigesteuert.



Jetzt online unterschreiben:

<https://abruesten.jetzt/>

Ob Säugling oder Greis:

1.000 Euro pro Nase für Aufrüstung und Krieg?

Geht es nach der neuen GroKo, so sollen die Rüstungsausgaben der BRD von derzeit 1,2% auf 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erhöht werden. Die Rüstungsausgaben der BRD (ca. 39 Mrd. Euro im Jahr 2017) würden sich – berücksichtigt man auch das jährliche BIP-Wachstum – in den nächsten zehn Jahren auf knapp 80 Mrd. Euro verdoppeln. Wer das bezahlen soll? Unter dem Dogma der Schuldenbremse („schwarze Null“) und der Weigerung, größere Vermögen oder Kapitalerträge stärker zu besteuern, werden diese Kosten im Wesentlichen der arbeitenden Bevölkerung zugemutet.

Wir sollen also zahlen für „ihren“ Krieg!

Auf einen 4-Personen-Haushalt kommen dann jährlich knapp 4000 Euro!

Geld, das für die Finanzierung des Gesundheitssystems, der Pflege, unserer Schulen, für sozialen Wohnungsbau oder zur Verhinderung von Altersarmut, ... fehlt.

Geld für den deutschen Imperialismus, um „Verantwortung in der Welt zu übernehmen“, also um seine Interessensphären auszudehnen und den Zugang deutscher Konzerne zu Rohstoffen und Märkten zu sichern. Bei Umsetzung dieser Aufrüstungspläne wäre die BRD allein aufgrund ihrer ökonomischen Stärke die militärische Führungsmacht in der EU und hätte einen größeren Militäretat als Russland. Und um die Bevölkerung auf diesen Aufrüstungskurs einzustimmen, wird kräftig am Feindbild Russland gestrickt ...

Nutzen wir die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten!“ der Friedensbewegung, um außerparlamentarischen Druck auf die Kriegstreiber zu erzeugen. Über die Unterschriften-Kampagne hinaus gilt es, sich an den **Aktivitäten der Friedensbewegung vor Ort** zu beteiligen.

Wir brauchen wieder eine starke Friedensbewegung, wenn wir uns gegen die Kriegsvorbereitungen in unserem Land wehren wollen!

Unterschriftenlisten unter:
www.abruesten.jetzt

aus: <http://dkp-bw.de>

**Das Friedensbündnis
Karlsruhe trifft sich
wieder am Dienstag,
19. Juni um 18.00 Uhr
im DGB-Haus
(Ettlinger Str. 1a)**

Für mehr Personal in den Krankenhäusern

Ver.di ruft zu neuen Streiks für eine Entlastung in den Krankenhäusern auf

Der Kampf um Entlastung zeigt: Wenn der Staat die Interessen der Konzerne vertritt, können nur Streiks wirkliche Verbesserungen für die arbeitenden Menschen erreichen.

Die Streiks für Entlastung haben deshalb auch eine politische Seite – nur Druck aus den Betrieben kann die Regierung zwingen, endlich **gesetzliche Standards für ausreichend Personal auf den Stationen festzulegen.**

aus: UZ – Unsere Zeit vom 15.06.2018, stark gekürzt

20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER

ESTHER BEJARANO & MICROPHONE MAFIA

CALUM BAIRD * KAI DEGENHARDT * KLAUS DER GEIGER

JANE ZAHN * ERICH SCHAFFNER U.V.M.

KLEZMER * PUNK * LIEDERMACHER * RUMBIA * SKA

**THEATER * LESUNGEN * KINDERFEST * FLOHMARKT * BÜCHERMARKT
DISKUSSIONEN * AUSSTELLUNGEN * GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN**

7. – 9. September 2018

Revierpark Wischlingen Dortmund



DKP
www.dkp.de



<http://news.dkp.de>

Seit 4/2004 immer montags

www.dkp-karlsruhe.de

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Herausgeber: DKP Karlsruhe, V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, 76703 Kraichtal.

Alle bisher erschienenen Montags-Infos unter www.dkp-karlsruhe.de

www.dkp.de

Kontakt: dkp.karlsruhe@gmx.de

www.unsere-zeit.de